

Die doppelte Machtlosigkeit der SP

Bildung erscheint als «Rohstoff» und die Schweiz als eine der «führenden Wissensgesellschaften»: Das neue SP-Parteiprogramm orientiert sich an einem marktzentrierten Bildungsverständnis. Dies bleibt nicht ohne Konsequenzen für den sozialdemokratischen Blick auf Gesellschaft und Wirtschaftssystem.



Der Abschnitt zur Bildung im neuen SP-Parteiprogramm ist vom neoliberalen Wissensgesellschaftskonzept beeinflusst.

schlag im neuen Programmwurf der SPS – insbesondere im Bildungskapitel – gefunden hat: mit weitreichenden Konsequenzen für die sozialdemokratische Politik.

Instrumentelles Bildungsverständnis

Widmen wir uns dem Bildungsbegriff der SPS. Was hat sich hier verändert? Noch im Programm von 1982 wird Bildung als «politische Bewusstseinsbildung» (SPS 1982: 18) verstanden. Weiter forderte die Partei damals, die Vermittlung sozialer und musischer Fähigkeiten müsse das gleiche Gewicht erhalten wie jene der technischen Fertigkeiten. Damit war das Parteiprogramm noch tendenziell an einem idealistisch-humanistischen Bildungsverständnis orientiert, welches auf Persönlichkeitsentwicklung und verstehende Durchdringung der Welt gerichtet ist. 2010 verschiebt sich diese Zwecksetzung. Zwar wird betont, Bildung ver helfe zur politischen und kulturellen Teilhabe – ein Hinweis auf den Zweck der Handlungsbefähigung des Einzelnen in der Gesellschaft – jedoch rückt das Bildungsverständnis stärker ins Instrumentelle: Der Entwurf hebt hervor, bei besserer Bildung sinke die Stimmabstinenz an der Urne, die Steuererträge würden steigen und die Sozialausgaben sinken. Besser gebildete Menschen würden «schneller und dauerhafter in den Arbeitsmarkt integriert» (SPS 2010a: 29). Das duale Berufsbildungssystem der Schweiz wird dabei als «Schlüsselement zur Qualifizierung der Bevölkerung für die Ansprüche der Arbeitswelt» bewertet, «Qualifikation und Wissen» seien die entscheidenden Eigenschaften auf dem Arbeitsmarkt (vgl. SPS 2010a: 30f). So spiegeln sich im Begriff der «Qualifikation» die Bedürfnisse der Unternehmen: Auf den Einzelnen lastet die Pflicht, den von den Unternehmen gestellten Anforderungen gerecht zu werden, den Anschluss nicht zu verpassen, ständig aktiv um ihre Qualifikation und «Arbeitsmarktfähigkeit» besorgt zu sein. Das qualifizierende «Wissen» befindet sich dabei in ständiger Verfallsgefahr: Die SPS ist überzeugt: «Die Menge des verfügbaren und eingesetzten Wissens nimmt ebenso rasch zu, wie es schnell altert.» (SPS 2010a:

Michael Mülli, Student der Soziologie und Philosophie an der Universität Basel

An ihrem Parteitag von Ende Oktober hat die SP Schweiz (SPS) ihr neues Parteiprogramm verabschiedet. Die mediale Aufmerksamkeit richtete sich vor allem auf die wirtschaftspolitischen Schlagworte des Entwurfs. Was aber wird zur Bildung gesagt? Wie haben sich die Begriffe und Positionen der SPS zur Bildungspolitik im Vergleich zum Parteiprogramm von 1982 verändert? Welches sind die politischen Konsequenzen dieser Veränderungen?¹

«Wissensgesellschaft»

Geht es nach der SPS, leben wir in der Schweiz des frühen 21. Jahrhunderts in einer «Wissensgesellschaft» mit einer «wissensbasierten Wirtschaft» (SPS 2010a: 26; 29-31). Welche Diagnose von Wirtschaft

und Gesellschaft ist hier wirkmächtig geworden? Seit dem Sondergipfel in Lissabon vom März 2000 stellt die «Wissensgesellschaft» ein zentrales Leitbild der Europäischen Union (EU) dar. Damals wurde erklärt, man wolle die EU bis 2010 zum «wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt» machen. Im Zentrum steht dabei die Arbeitsmarktfähigkeit (employability). Zu diesem Zweck sollen die Lohnabhängigen nach den Bedürfnissen der Unternehmen «lebenslang lernen» (lifelong learning). Die Erzählung der vermeintlichen Sachzwänge von «Wissensgesellschaft», «Globalisierung», «Markt» und «Wettbewerb» dient dabei der «Erneuerung der liberalen Weltansicht, die notwendig ist, um eine neoliberale politische Agenda weiterführen zu können» (Gemperle 2010: 13). Meine hier vertretene These lautet nun, dass die neoliberale Wissensgesellschaft ihren Nieder-

29) Wenn mein Wissen ständig zu veralten droht, muss ich es laufend erneuern, um im Konkurrenzkampf um die Gunst der Unternehmen bestehen zu können. Ständig droht die Gefahr, zu wenig gelernt zu haben. Wir finden hier das für die Wissens- und Wettbewerbsgesellschaft zentrale Konzept des «lebenslangen Lernens». Die «Arbeitsmarktintegration» rückt als Zweck von Bildung ins Zentrum, während die Einzelnen in permanente Marktkonkurrenz zueinander gesetzt werden.

Bei aller Qualifizierung hänge es aber doch «entscheidend vom Lehrstellenangebot ab» (SPS 2010a: 30), wer eine Ausbildung antreten könne. Und trotz Bildungsanstrengungen steige nach jeder Wirtschaftskrise die Zahl der Erwerbslosen an, die nicht in den Arbeitsmarkt zurückfinden würden (vgl. SPS 2010a: 26). Interessant: Obwohl die Grenzen der einseitigen Ausrichtung

«Strukturelle Ursachen von Ausschluss werden als Auswirkungen von individuell fehlendem Wissen gedeutet.»

von Bildung auf «Arbeitsmarktfähigkeit» erkannt werden, reproduziert die SPS die Ansicht, Gelingen oder Scheitern der Stellensuche seien dem individuellen Bildungsstand geschuldet – die Verantwortung wird damit dem Einzelnen auf dessen Schultern geladen. Wer das Individuum allein für seine Lage verantwortlich macht, muss die strukturellen Ursachen zwangsläufig übersehen: Die soziale Position des Einzelnen sei «wesentlich definiert» durch Bildung (SPS 2010a: 30). Bildungsarmut und fehlender Zugang zu Wissen hingegen seien die zentralen sozialen Risiken (vgl. SPS 2010a: 29). Strukturelle Ursachen von Ausbeutung, Ausschluss, Abhängigkeit, Armut und Arbeitslosigkeit werden damit als Auswirkungen von individuell fehlendem Wissen und mangelnder Bildung gedeutet. Die Soziologen Michael Gemperle und Peter Strecken (2007: 29) haben in diesem Zusammenhang von der «Umkehrung von Ursache und Erscheinung» gesprochen: Bildungsarmut wird zur Ursache sozialer Risiken verkehrt. Hingegen bleiben die gesellschaftlichen

Verhältnisse, welche für die Bildungsarmut verantwortlich sind, ausgeblendet.

Machtfrage und Sozialstruktur?

Das Bildungskapitel von 1982 nimmt noch die «Abhängigkeit der Menschen von Machthabern und Experten» in den Blick (SPS 1982: 50). Mittel- und Oberschichtkinder profitierten vom Bildungssystem, Arbeiterkinder hingegen hätten weiter schlechte Chancen auf Bildung. Damit werden strukturelle Abhängigkeitsverhältnisse und soziale Ungleichheit zwischen den Schichten eingeräumt. Soziale Herkunft hat grossen Einfluss auf den Bildungszugang. Auch im Entwurf von 2010 wird soziale Herkunft in diesem Sinne thematisiert. Auch ist von schichtspezifischen Hindernissen die Rede, welche der Chancengleichheit entgegenstehen (vgl. SPS 2010a: 30). Dem entgegen steht jedoch die latente Tendenz des neuen Bildungskapitels, Sozialstruktur und Machtfrage auszublenden und Verantwortung zu individualisieren. Dies möchte ich anhand von vier Punkten aufzeigen:

Verdinglichung von Prozessen

Im Entwurf ist die Rede von Bildung als «Rohstoff»: «Bildung ist der Rohstoff der Schweiz.» (SPS 2010a: 30) Ganz geheuer ist die eigene Wortwahl der SPS zwar nicht – die Anführungs- und Schlusszeichen signalisieren ein gewisses Unbehagen – sie distanziert sich jedoch nicht inhaltlich vom gewählten Begriff. Was bedeutet es, wenn Bildung als Rohstoff betrachtet wird? Ein Rohstoff wird als Ressource in einen industriellen Produktionsprozess eingebracht und dort unter standardisierten Bedingungen zu einem standardisierten Produkt verarbeitet. Karl Marx (Marx/Engels 2003 [1867]; 2008 [1894]) kritisierte diese Sichtweise als «Verdinglichung»: Bildung erscheint nicht mehr als Prozess, sondern als statisches Ding, als verdinglichter Produktionsfaktor Wissen. Daraus resultiert die Ausblendung eines herrschaftssoziologischen Problems: Wer Produktion lediglich als magische Kombination von lose nebeneinander stehenden Produktionsfaktoren theoretisiert, kann die Machtverhältnisse nicht sehen, in welche die Produktion eingebunden ist. Sie bleiben verborgen.² So vergibt man die Möglichkeit, das Prozesshafte der Bildung und die damit verbundenen Machtverhältnisse überhaupt genauer zu untersuchen. Mit dem Begriff der «Bildungsinvestitionen», den die SPS (2010a:

30) kritiklos übernimmt, begibt sich die Partei in die Logik der Humankapitaltheorie und der auf diese abstellenden Bildungsökonomie. Die Humankapitaltheorie treibt die Verdinglichung gerade auf die Spitze: Bildung, Übung, Gesundheitsversorgung usw. werden als «Investment» in das Kapital Mensch verstanden, der seinen «Return on Investment» in Form von individuellem sozialem Aufstieg durch Bildung einspielt. Es scheint, als sei jeder Mensch Kapital. Wenn der Mensch zu Kapital geworden ist, verfügt scheinbar jeder über Kapital und erscheint als Investor seiner selbst. Dann scheint die Gesellschaft nur noch aus Investoren und Unternehmern zu bestehen – Macht, Schichthierarchien oder Klassenverhältnisse sind nicht mehr analysierbar. Damit steigt auch die Akzeptanz für die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse: Entscheidend für den ökonomischen (Miss) Erfolg ist nunmehr das Bildungsverhalten des Individuums (vgl. Gemperle 2010: 12f).

Soziale Ungleichheit

Die SPS will die schichtspezifischen und damit herkunftsbedingten Hindernisse auf gleiche Bildungschancen «beseitigen» (SPS 2010a: 30). Wie soll dies konkret geschehen? Die SPS fordert familienergänzende Kinderbetreuung, vorschulische und schulbegleitende Angebote, Ganztageschulen, ein «ausgebautes» Stipendienwesen und das Recht auf Berufslehre. Hauptforderung ist folgende: Die «Bildungsanstrengungen der Schweiz» müssen «insgesamt massiv verstärkt» werden. Die «Bildungsinvestitionen» seien in naher Zukunft auf einen BIP-Anteil von mindestens 8 Prozent zu erhöhen (vgl. SPS 2010a: 30). Man scheint sich hier am neoliberalen Weissbuch «Zukunft Bildung Schweiz» zu orientieren, welches 10 Prozent BIP-Anteil fordert (vgl. Zimmerli et al. 2009: 19). Offen bleiben dabei zentrale Fragen: Welche Bildung soll gefördert werden? Wer soll in den Genuss der Unterstützung kommen? Die Angabe des BIP-Anteils ist rein quantitativ, über Qualität, Ausrichtung und Zweck von Bildung und die Adressaten der «Investitionen» ist damit nichts gesagt. Was ebenfalls fehlt, ist die Verknüpfung mit einer systemischen Perspektive: Die SPS beklagt zwar die vererbte Abhängigkeit des Bildungszugangs und schlägt ein korrigierendes Bildungssystem vor. Sie versäumt es jedoch, Massnahmen zu reflektieren, welche verhindern, dass soziale Ungleichheit überhaupt entstehen kann, welche dann zu

ungleichen Bildungschancen führt. Weder Frühförderung, Stipendien noch pauschale Bildungsausgaben können dies leisten. Die für die Primärverteilung verantwortlichen Produktions- und Eigentumsverhältnisse hingegen werden nicht untersucht. Zwar werden im Entwurf durchaus Massnahmen zur Rückverteilung gesellschaftlicher Gewinne gefordert (progressive Einkommens- und Vermögenssteuer, Transaktionssteuer auf den Finanzmärkten, nationale Erbschafts- und Kapitalgewinnsteuer). Allerdings beruft man sich dabei im voraus-eilenden Gehorsam explizit auf das neoliberale Projekt der sozialen Marktwirtschaft (vgl. SPS 2010a: 42-43; SPS 2010b: 43-44), ein politisches Projekt, welches gerade zur Legitimation der herrschenden Verhältnisse angestrengt wurde (vgl. Ptak 2008). Man fordert also vom Bildungssystem die Korrektur sozialer Ungleichheit, ohne den Kapitalismus als (Re-)Produzent von Ungleichheit in Frage zu stellen.

Markt- und Wettbewerbslogik

Wie bereits gezeigt, akzeptiert die SPS die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt als Zweck von Bildung. Damit hängt die Existenz der zu Humankapital geronnenen Subjekte von dieser Nachfrage ab. Daneben hat der «Rohstoff» Bildung für die SPS offenbar eine herausragende Bedeutung im Wettbewerb der nationalen Volkswirtschaften. Dies gelte gerade für die Schweiz. Diese Sicht entspricht der zur Selbstverständlichkeit gewordenen Formel der rohstoffarmen Schweiz, deren Kapital die Bildung ihrer BewohnerInnen sei. In dieser Logik befindet sich die Schweiz gegenüber anderen Nationalstaaten im Wettbewerb. Diese scheinen geschlossen, das heisst ohne innergesellschaftliche Ungleichheiten und Machtverhältnisse, um volkswirtschaftlichen Wohlstand zu konkurrieren. Als solchermassen homogene Interesseneinheit müsse die Schweiz Bildungsreformen durchführen, wenn sie ihre Position als eine der «führenden Wissensgesellschaften» halten wolle (SPS 2010a: 30). Auch auf der Ebene der Individuen vertritt die SPS den Wettbewerb: Bildung dient der Befähigung, den «sozialen Aufstieg in Angriff zu nehmen» (SPS 2010a: 25). Im neuen Entwurf finden wir Bildung damit auch neoliberalen Wettbewerbsdenken unterworfen. Letztlich zeigt sich deutlich, wie stark die SPS die Marktlogik bereits verinnerlicht hat: Einerseits will der Entwurf zwar die Grundversorgung des Service Pu-

blic nicht dem «Rendite-Primat der Märkte» aussetzen und der «Warenwirtschaft und den Mechanismen von Konkurrenz und Profit» entziehen (SPS 2010a: 44). Hier erscheint der Markt als Ort der Konkurrenz und des Profits, dem man darum gewisse Wirtschaftsbereiche entziehen möchte. An anderer Stelle heisst es hingegen, «dass ein wirksam regulierter Markt weiterhin ein unverzichtbares Ordnungsprinzip jeder produktiven, effizienten und innovativen Wirtschaft» darstelle. Damit der «liberale Markt» «seine Qualitäten voll ausspielen» könne, müsse «der Wettbewerb spielen können» (SPS 2010a: 41). Dass eine demokratische Verteilung von Wirtschaftsmacht im Rahmen des Marktes sehr schwierig zu realisieren sein wird, scheint man aber auch bei der SPS zu ahnen: Man werde mit seinen Vorschlägen auf «allergrössten Widerstand» seitens jener stossen, welche Wirtschaftsmacht abgeben müssen. Welche Strategie hat man sich in der Konsequenz überlegt? Man setzt ganz auf die Überzeugungskraft seiner «Ideen und Argumente» (SPS 2010a: 23). Die Wirtschaftsmächtigen werden dies gerne zur Kenntnis nehmen.

Bildungszugang

Zwar betont das Bildungskapitel des Entwurfs, was zahlreiche bildungssoziologische Studien bestätigen: Bildungszugänge sind sozioökonomisch bedingt. Doch dann wird behauptet, die Abhängigkeit der Bildungszugänge von sozialer Herkunft sei stärker als der Zusammenhang der Bildungswahl mit persönlichen Fähigkeiten und Neigungen: «Von der Chancengleichheit im Bildungswesen sind wir noch weit entfernt. Die soziale Herkunft bestimmt massgebender den Zugang zu den Bildungsgängen als die persönlichen Fähigkeiten und Neigungen. Bildungsnähe und Bildungsferne werden «vererbt.» (SPS 2010a: 30) Die Partei sieht zwar einen Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungszugang sowie Bildungsentscheidungen. Doch ist das Chancenproblem gelöst, wenn das Bildungssystem stärker auf individuelle Fähigkeiten abstellt? Es fällt auf, dass hier die Vorstellung herrscht, die Einflüsse sozialer Herkunft auf der einen Seite und Fähigkeiten und Neigungen auf der anderen liessen sich klar differenzieren. Pierre Bourdieu (2005 [1983]) hat bereits in den 1960er Jahren davor gewarnt, Fähigkeiten und Neigungen als angeboren zu betrachten und zu individualisieren: Fähigkeiten und Neigungen

sind nach Bourdieu genauso wie die Art und Weise, die Welt zu beurteilen, Auftritt und Benehmen, Geschmack, Lebensstil und die Vorlieben eines Menschen nur scheinbar individuell – sie werden ab frühestem Kindesalter durch familiäre Primärerziehung anerzogen und «verinnerlicht», ja dem Körper eingeschrieben (inkorporiert). Sie sind also nicht angeboren, sondern haben eine Geschichte.³ Die Erziehung wiederum bedingt Aufmerksamkeit und Betreuungszeit, welche nach absteigenden sozialen Klassen meist auch in abnehmender Quantität und Qualität aufgebracht werden kann. Diese verlorene Zeit kann später auch im Bildungssystem niemals wieder vollständig

«So spricht die SP lieber von Wissen und Wissensgesellschaft statt von Kapital und Kapitalismus.»

aufgeholt werden, es bleibt ein kultureller Rückstand. Fähigkeiten und Neigungen zu individualisieren, kommt damit einer Naturalisierung eines hochgradig sozioökonomischen Einflusses gleich, der sich durch die kulturelle Ausstattung und ökonomische Position der Eltern im sozialen Raum ergibt. Die SPS muss sich vorwerfen lassen, in diesem Punkt Erkenntnisse kritischer Bildungsforschung zu ignorieren und die Einflüsse sozialer Ungleichheit auf Bildung zu verwischen.

Die doppelte Machtlosigkeit der SP

Mitte September hat die Geschäftsleitung der SPS einen zweiten Entwurf veröffentlicht. Darin wurden etliche Änderungsanträge der Parteibasis aufgenommen. So wird nun ein verstärkter Akzent auf Bildung als Selbstzweck gelegt: «Kritische Bildung» ermögliche es, seine Lage und die Welt zu verstehen und zu beurteilen. Der zweite Entwurf behauptet weiter: «Wir lehnen die Ökonomisierung der Bildung ab und beharren auf ihrer emanzipativen Aufgabe [...]» (SPS 2010b: 28) Merkwürdigerweise blieb jedoch mit der Orientierung auf Arbeitsmarktfähigkeit, Wissensgesellschaft und Bildungsrohstoff die Grundausrichtung des Bildungskapitels erhalten.

Bildung soll weiter ermöglichen, «seine Freiheit im vollen Besitz seiner Möglichkeiten» wahrzunehmen (SPS 2010b: 27). Doch auch die reale Ausübung von Freiheiten ist hochgradig sozioökonomisch bedingt. Unterprivilegierte können Freiheiten weniger verwirklichen als Privilegierte.⁴ Das Bildungssystem allein kann diese ungleichen Bedingungen nicht ausgleichen. In beiden Aussagen zeigt sich zweimal mehr, wie machtlos sich die Bildungspolitik der SPS im Programmwurf präsentiert. Diese Machtlosigkeit ist eine doppelte: Macht fällt erstens als gesellschaftliche Analysekategorie dahin, zweitens als Ansatzpunkt politischen Handelns: Der angenommene Handlungsspielraum bleibt zwischen Regulierung und Effizienzsteigerung des Marktes beschränkt. Es wird kein Versuch unternommen, die Marktideologie zu überwinden. So spricht die SPS lieber von Wissen und Wissensgesellschaft statt von Kapital und Kapitalismus. Wenn Wissen zur entscheidenden Ressource wird, verblasst der Gegensatz von Kapital und Arbeit. Das Programm bleibt im neoliberalen Diskurs über die soziale Marktwirtschaft verhaftet, zu der man sich im vorausseilenden Gehorsam explizit bekennt. Die SPS unterliegt jener Macht, welche Karl Marx den «stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse» nennt. Wenn die SPS Bildungshindernisse beseitigen will, muss sie die Markthorizontale der Wissensgesellschaft verlassen und an die gesellschaftliche Vertikale die Machtfrage stellen. Sie muss eine politische Praxis entwickeln, welche die Ursachen sozia-

ler Ungleichheit und damit auch ungleicher Bildungschancen grundsätzlich angeht. Dies ist ohne Veränderung der Produktions- bzw. Eigentumsverhältnisse wohl kaum erreichbar. Dazu wiederum muss man sich klar machen, worin die gesellschaftlichen Antagonismen bestehen und welches kollektive Subjekt mit welcher Motivation in der Praxis für die Umwälzung der Verhältnisse kämpft. Wie weit die SPS selber davon entfernt bleibt, zeigt folgende Behauptung: «Wer den Kapitalismus überwinden will, stellt sich nicht in Gegensatz zu denen, die ihn lediglich zähmen oder steuern wollen (SPS 2010a: 20).» In welche Richtung das parteiinterne Pendel der Macht ausschlagen wird, dürfte zu erraten sein. Wie wenn sie dies ahnen würde, verschiebt die SPS die Überwindung des Kapitalismus sicherheitshalber als «Fernziel» in die unbestimmte Zukunft: «Diese Aufgabe wird uns bleiben, denn es gibt systemimmanent noch viel zu tun (SPS 2010a: 20).» ■

1 Dieser Artikel stützt sich auf die beiden Entwürfe zum neuen Parteiprogramm. Der erste Entwurf (SPS 2010a) vom 26. März 2010 wurde nach der parteiinternen Vernehmlassung am 10. September durch die Geschäftsleitung ersetzt (SPS 2010b). Ich gehe auf die veränderten Passagen des Bildungskapitels zum Schluss des Artikels ein.

2 Ausserhalb des Bildungskapitels thematisiert der Entwurf die Machtverhältnisse durchaus: «Die Wirtschaftsmacht liegt

immer noch ausschliesslich in den Händen derjenigen, welche die Produktionsmittel besitzen.» (SPS 2010a: 47) Damit wird deutlich, wie inkonsistent und politisch kaum fassbar der Programmwurf sich präsentiert.

3 Bourdieu spricht bei der Gesamtheit dieser über die Zeit inkorporierten Dispositionen vom «Habitus» einer Person.

4 Zum Begriff der politischen Freiheiten und ihrer sozioökonomischen Bedingtheit siehe Marti 2006: 194-200.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (2005 [1983]): Ökonomisches Kapital – Kulturelles Kapital – Soziales Kapital. In: Pierre Bourdieu: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Hg. von Margareta Steinrück. Hamburg: VSA-Verlag, S. 49-79. (Schriften zu Politik und Kultur 1).
- Gemperle, Michael (2010): Die Rede von der «Wissensgesellschaft» als Teil eines politischen Projekts. In: VPOD Bildungspolitik 165, S. 10-13.
- Gemperle, Michael/Streckeisen, Peter (2007): Einleitung zur Diskussion über die Wissensgesellschaft. In: Michael Gemperle, Peter Streckeisen (Hg.): Ein neues Zeitalter des Wissens? Kritische Beiträge zur Diskussion über die Wissensgesellschaft. Zürich: Seismo, S. 9-60.
- Liessmann, Konrad Paul (2006): Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft. Wien: Zsolnay.
- Marti, Urs (2006): Demokratie. Das uneingelöste Versprechen. Zürich: Rotpunkt.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (2008 [1867]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 1. Band, 23. Aufl. (MEW 23).
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (2003 [1894]): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. 3. Band, 31. Aufl. (MEW 25).
- Ptak, Ralf (2008): Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg. In: Christoph Butterwege, Bettina Lösch, Ralf Ptak (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden: VS, S. 69-89.
- SPS (2010a): Parteiprogramm. Entwurf. Fassung der Geschäftsleitung vom 26. März 2010 an die Sektionen und die weiteren antragberechtigten Organe. <http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Medienkonferenzen/2010/100407_mk_parteiprogramm/100407_Entwurf_SP_Partieprogramm_d.pdf> [09.09.2010].
- SPS (2010b): Parteiprogramm. Zweiter Entwurf. Fassung der Geschäftsleitung vom 10. September 2010 an die Delegierten am SP-Parteitag vom 30./31. Oktober 2010. <http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Revision-Parteiprogramm/SP-Parteiprogramm_GL-an-Delegierte-DE.pdf> [02.10.2010].
- SPS (1982): Parteiprogramm. <http://www.sp-ps.ch/fileadmin/downloads/Diverses/Parteiprogramme/1982_Partieprogramm_d.pdf> [09.09.2010].
- Zimmerli, Walter Ch. et al. (2009): Zukunft Bildung Schweiz. Anforderungen an das schweizerische Bildungssystem 2010. <http://www.akademien-schweiz.ch/downloads/ZukunftBildungSchweiz_001.pdf> [29.09.2010].

Inserat

TAGUNG

MusikZukunft – ZukunftMusik

Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftspolitik im Bereich Musik



Musik hat für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen erwiesenermassen eine grosse Bedeutung. Trotzdem erfährt der Musikunterricht an der Volksschule wie auch an den Musikschulen wenig Anerkennung. Die Musikinitiative, die im Jahr 2011 zur Abstimmung kommt, will das ändern und den Musikunterricht stärken.

Aus Gewerkschaftsperspektive stellt sich auch die Frage nach den Arbeitsbedingungen im privaten wie im öffentlichen Bereich. Was lässt sich tun, um die Bedeutung der Musik in der Gesellschaft zu stärken? Was kann die Initiative erreichen und welche Umsetzungsschritte braucht es in den Kantonen?

Eine nationale Tagung für alle Musiklehrpersonen, Rhythmikerinnen, Musiktherapeuten und alle, die mit Musik zu tun haben.

Für vpod-Mitglieder kostenlos, für Nichtmitglieder Fr. 150.-
Detailprogramm ab Januar 2011 unter www.vpod.ch/bildung/aktuell

Datum:

2. April 2011, 9.45 - 16.30, in Bern